

Donnerstag, 06. Februar 2025, Starnberger Merkur / Starnberger See

## „Das war nicht kanzlerlike“

VON FRANZISKA WEBER



Der Tutzinger Jugendbeirat veranstaltete eine Podiumsdiskussion im Kulturtheater. Mit dabei waren (v.l.) die SPD-Bundestagsabgeordnete und Direktkandidatin Carmen Wegge, der Grünen-Direktkandidat aus dem Wahlkreis Weilheim, Christian König, FDP-Direktkandidat Paul Friedrich, Tobias Hartmann vom Jugendbeirat, Juliana Gräfin von Brühl-Störlein von der Jungen Union, Tobias Möller vom Jugendbeirat und der Direktkandidat der Freien Wähler, Rolf Jürgen Hofmann. © Andrea Jaksch

**Bildung, Migration, AfD: Das sind Themen, die viele Jugendliche beschäftigen. Der Tutzinger Jugendbeirat hatte daher eine Podiumsdiskussion organisiert, damit junge Menschen eine Stimme bekommen und herausfinden, welche Partei sie am besten vertreten kann.**

**Tutzing** – Der Wahlkampf ist in vollem Gang. Daher hatte der Tutzinger Jugendbeirat am Dienstag eine Podiumsdiskussion im Kulturtheater Tutzing organisiert unter der Überschrift „Kein Plan, wen du wählen sollst?“. Dem Beirat ist es wichtig, dass die junge Generation eine Stimme bekommt, auch diejenigen, die noch nicht wählen dürfen. „Mit dieser Podiumsdiskussion wollen wir herausfinden, welche Partei die Fragen, Wünsche und Sorgen der Jugend am besten vertreten kann“, hieß es in der Einladung.

Man muss sich beides leisten können, nämlich die Unterstützung für die Ukraine und einen stabilen Sozialstaat.

SPD-Bundestagsabgeordnete und Direktkandidatin Carmen Wegge über die Reformierung der Schuldenbremse

Zur Diskussion wurden die Direktkandidaten eingeladen, deren Parteien auch im Tutzinger Gemeinderat vertreten sind. Dabei waren SPD-Bundestagsabgeordnete und Direktkandidatin Carmen Wegge (35), FDP-Direktkandidat Paul Friedrich (21) und der Direktkandidat der Freien Wähler, Rolf Jürgen Hofmann (61). Da die Grünen-Direktkandidatin Verena Machnik krank war, vertrat sie Christian König (26). Er ist der Grünen-Direktkandidat im Nachbarwahlkreis Weilheim, zu dem auch der Landkreis Garmisch-Partenkirchen gehört. Der CSU-Bundestagsabgeordnete und Direktkandidat Michael Kießling war terminlich verhindert, für ihn sprang die 21-jährige Listenkandidatin Juliana von Brühl-Störlein aus der Jungen Union ein. Tobias Hartmann und Tobias Möller vom Jugendbeirat moderierten die Diskussion. Zu Gast waren circa 60 bis 70 Gäste aus allen Altersgruppen.

Los ging es mit einer Vorstellungsrunde. Dazu hatten die Vertreter der Parteien jeweils eine Minute Zeit. Darauf folgte eine Fragerunde. Die Teilnehmer hatten dazu je eine grüne und eine rote Karte, um auf die Fragen mit „Ja“ oder „Nein“ zu reagieren. Bei zwei Fragen waren sich alle einig und hoben zustimmend ihre grünen Karten: Dabei ging es darum, ob das Deutschlandticket weiterhin vom Staat stark finanziell gefördert werden soll und ob die Waffenlieferungen an die Ukraine sinnvoll sind. Bei Themen wie Gendern, dem Zustrombegrenzungsgesetz und dem AfD-Verbotsverfahren sah es anders aus. So fragte Tobias Möller, ob ein Verbot der AfD sinnvoll ist. Bis auf Hofmann (rote Karte) und CSU (unentschieden) stimmten alle für ja.

Den geschlossenen Fragen folgte eine Runde mit offenen Fragen. Es ging unter anderem um Energieversorgung (Tenor: unabhängig von anderen Kräften in der Welt machen) und die Schuldenbremse. Was die Jugend außerdem beschäftigt, ist die Frage der Generationengerechtigkeit. Paul Friedrich betonte, dass der Staat keine neuen Schulden aufnehmen sollte, denn: „Meine Generation zahlt die dann zurück.“ Auch Juliana von Brühl-Störlein will an der Schuldenbremse festhalten. Carmen Wegge und Christian König sprachen sich hingegen für eine Reformierung der Schuldenbremse aus. „Sie ist eine Investitionsbremse“, sagte die SPD-Politikerin und fügte hinzu: „Ein Staat ist kein Unternehmen. Wenn man gut investiert, kommt davon auch etwas zu-

rück.“ Es gebe keine Entweder-oder-Politik. „Man muss sich beides leisten können, nämlich die Unterstützung für die Ukraine und einen stabilen Sozialstaat.“

Auf die offenen Fragen folgte eine Satzvervollständigingsrunde, wobei sich die Kandidaten kurz halten sollten. „Schneller reden macht den Satz nicht kürzer“, scherzten die Moderatoren. Dabei wurden Themen wie Bildungsgerechtigkeit angeschnitten. Die Gäste waren sich relativ einig: Wichtig seien unter anderem eine bessere Finanzierung und Digitalisierung und der Lehrerberuf müsse attraktiver gemacht werden. Hofmann sagte außerdem: „Das Handwerk muss mit dem Bachelor gleichgestellt werden.“ Und König ergänzte: „Die Berufsausbildung muss eine echte Alternative zum Studium sein, mit der man gut leben kann.“

Auch die Abstimmung über den Fünf-Punkte-Plan von CDU/CSU war Thema. Friedrich Merz müsse fähig sein, Kompromisse in der demokratischen Mitte zu finden, so Paul Friedrich. „Das hat er nicht geschafft, und ehrlicherweise hatte ich den Eindruck, dass er das auch nicht gewollt hat. Das ist nicht kanzlerlike.“ Vergangene Woche hatte Friedrich seine Partei kritisiert, nachdem sie am Mittwoch mit 80 von 90 Stimmen für den CDU/CSU-Antrag votiert hatte (wir berichteten). Wegge, die selbst dagegen gestimmt hat, sagte: „Das war die schlimmste Woche, die ich jemals erlebt habe im Bundestag.“ Einzelne CDU-Abgeordnete hätten nach der Abstimmung gesagt, dass sie nicht wüssten, wie sie sich das jemals verzeihen sollen.

Der AfD-Verbotsantrag schien im Nachgang zur Diskussion die Erstwähler zu beschäftigen. So stellte der 19-jährige Lars Willeitner die Frage: „Warum haben Sie für beziehungsweise gegen ein AfD-Verbot gestimmt?“ Hofmann begründete: „Wenn der Antrag nicht zum Ziel führt, dann stärken wir diese Partei. Ich denke, das ist der falsche Weg.“ Wegge, die den Verbotsantrag federführend in den Bundestag eingebracht hatte, sagte, es sei ein scharfes Schwert, das man ziehen müsse: „Wir hatten schon einmal die Situation, dass eine demokratisch gewählte Partei die Demokratie abgeschafft hat.“